

ANTRAG

der Fraktion der CDU

35 Jahre Deutsche Einheit – Demokratie würdigen, SED-Unrecht nicht vergessen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Am 3. Oktober 2025 jährt sich die Deutsche Einheit zum 35. Mal – ein historischer Meilenstein, der friedlich durch den Mut, die Freiheitsliebe und den Protest der Bürgerinnen und Bürger der DDR errungen wurde. Dieses Jubiläum erinnert an den friedlichen Freiheitswillen der Menschen in der DDR und den Übergang zur Demokratie.
2. Mit der Wiedervereinigung erhielt Mecklenburg-Vorpommern seine Eigenstaatlichkeit und einen demokratisch gewählten Landtag – ein zentrales Symbol demokratischer Selbstbestimmung. Seine Rolle als Symbol für die Rückkehr zur Volkssouveränität verdient gerade im Jubiläumsjahr besondere Würdigung.
3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern würdigt das 35-jährige Bestehen der Deutschen Einheit auch als eigenen Gründungszeitpunkt. Er versteht sich als Ort lebendiger Demokratie, an dem Verantwortung und politische Teilhabe auf besondere Art und Weise zusammenkommen.
4. Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands bleibt die umfassende Aufarbeitung des SED-Unrechts eine bleibende Aufgabe für Politik, Gesellschaft und Bildungsinstitutionen.

- II. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass das Jubiläum „35 Jahre Deutsche Einheit“ im Jahr 2025 mit bundesweiten Veranstaltungen begangen wird, und spricht sich dafür aus, dieses Jubiläum auch in Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise zu würdigen.

Der Landtag spricht sich dafür aus,

1. den Landtag selbst zum zentralen Ort der Würdigung des Jubiläums „35 Jahre Deutsche Einheit“ zu machen, indem
 - der Landtag im Herbst 2025 eigene Veranstaltungen durchführt,
 - Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerbewegung, Zeitzeugen sowie Opfer des SED-Unrechts eingeladen werden,
 - Schülergruppen und Jugendvertretungen eingebunden werden.

In den Veranstaltungen muss besonderer Bezug auf

- die historischen Leistungen der friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit gelegt,
 - die Lebensleistungen der Menschen in Ostdeutschland sichtbar gemacht,
 - die Rolle des Landtages Mecklenburg-Vorpommern als demokratisches Herzstück betont und
 - Raum für die Auseinandersetzung mit SED-Unrecht geschaffen und die Opfer des SED-Unrechts aktiv einbezogen sowie öffentlich gewürdigt werden.
2. Opfer und Zeitzeugen, bestehende Gedenkstätten und Opferverbände aktiv in die Gestaltung des Jubiläums einzubeziehen, insbesondere durch Gespräche, Ausstellungseröffnungen, Bildungsprojekte und digitale Formate.
 3. Bildungsinstitutionen, Schulen, Gedenkstätten, Volkshochschulen und Träger der politischen Bildung zu ermutigen und zu unterstützen, im Herbst 2025 gezielte Angebote zum Jubiläum umzusetzen, etwa
 - Projekttag zur DDR-Geschichte und zur Deutschen Einheit,
 - Zeitzeugengespräche in Kooperation mit dem Landesbeauftragten,
 - öffentlichkeitswirksame Jugendformate (z. B. Podcasts, Ausstellungen, Videoprojekte).

- III. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die ehrenamtliche Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, die die Grauen der SED-Diktatur verdeutlicht, strukturell, verlässlich und nachhaltig zu fördern. Dazu ist insbesondere die personelle und finanzielle Ausstattung aller Gedenkstätten und Erinnerungsorte nachhaltig sowie dauerhaft zu verbessern und die Handlungsempfehlungen der Kommission zur Evaluierung der Gedenkstättenarbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern schnellstmöglich umzusetzen.
2. die gemeinsame Erklärung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und anderer Akteure, wie der SED-Opferbeauftragten und dem Verband der Geschichtslehrer, umzusetzen. Besonderer Fokus sollte dabei auf die verbindliche Verankerung und Unterstützung von Gedenkstättenbesuchen von Schülerinnen und Schülern über alle Klassenstufen der weiterführenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern innerhalb des gesamten Schuljahres liegen.
3. die Einrichtung eines „Arno-Esch-Zentrums für Demokratie, Freiheit und Aufarbeitung“ zu prüfen und dem zuständigen Ausschuss bis zum 31. Dezember 2025 ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Begründung:

Die Freiheit und Einheit vor 35 Jahren in Deutschland kamen nicht von selbst – sie wurden erkämpft. Ein lebendiges Erinnern stärkt nicht nur das historische Bewusstsein, sondern fördert eine wehrhafte Demokratie im Hier und Jetzt. Der Landtag, als Sinnbild demokratischer Erneuerung, sollte dabei eine aktive Rolle einnehmen.

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde das Unrechtssystem der SED-Diktatur beendet. Doch auch Jahrzehnte später leiden viele Betroffene unter den Folgen von Haft, Berufsverboten und anderen repressiven Maßnahmen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht abgeschlossen. Sie erfordert eine kontinuierliche gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung.

Das Jubiläum „35 Jahre Deutsche Einheit“ bietet die Chance, Errungenschaften der Demokratie zu würdigen – ohne das Leid zu vergessen. Es darf nicht ein reiner Festakt werden, sondern muss mit Substanz gefüllt werden – mit ehrlicher Erinnerung, mit Raum für die Opfer und mit dem Auftrag, die Demokratie auch in der Gegenwart zu verteidigen.

Ein Arno-Esch-Zentrum kann dabei ein Ort werden, an dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern miteinander in Beziehung treten.

Die Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern ist – sowohl im ehrenamtlichen Bereich als auch dort, wo sie durch Landesmittel unterstützt wird – personell nicht so ausgestattet, dass eine Konzentration der Gedenkstättenfahrten auf einen einzigen Tag im Jahr realisierbar wäre, wie von der Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung am Rande der Bildungsministerkonferenz im Juni 2025 vorgeschlagen. Insoweit ist eine dringende Empfehlung zur Durchführung von Gedenkstättenfahrten an die Schulen begrüßenswert, sollte aber personell untersetzt werden und über das gesamte Schuljahr erfolgen.